

Islamisten

Polizei prüft Spur zu Paris-Attentätern

Nach der Razzia gegen mutmaßliche Dschihadisten in Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen prüft das Berliner Landeskriminalamt mögliche Verbindungen der Tatverdächtigen zu den Hintermännern der Pariser Anschläge vom November. Im Visier der Sonderkommission „Frost“ steht vor allem der am Donnerstag festgenommene Hauptverdächtige Farid A., 35. Der gebürtige Algerier war am 28. Dezember nach Deutschland eingereist und hatte sich als syrischer Flüchtling, geboren in Aleppo, ausgegeben. Zuletzt lebte der Mann, der mindestens drei Alias-Personalien verwendet haben soll, in einer Flüchtlingsunterkunft im sauerländischen Attendorn. Den Ermittlern liegt inzwischen Bildmaterial vor, das A. bewaffnet und in „Kampfmontur“ im Nahen Osten zeig-



Islamist Farid A.

gen soll. Auf einem der Bilder habe der Verdächtige neben Leichen posiert. Auf einem anderen Foto, das die Fahnder sichern konnten, soll A. beim Essen mit einer Person aus dem Umfeld der Paris-Attentäter abgebildet sein. Die Berliner Generalstaatsanwaltschaft ermittelt gegen A. und drei weitere Beschuldigte algerischer Herkunft wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Den Ermittlern lagen Hinweise vor, dass die Männer womöglich ein Attentat in Berlin geplant hatten. fis, jdl, srö

Migration

Rückkehr der Albaner

Immer mehr Asylbewerber vom Balkan, vornehmlich Albaner, entschließen sich zur freiwilligen Ausreise in die Heimat. Auf dem Frankfurter Flughafen kommen derzeit nach Angaben der Bundes-

polizei täglich bis zu hundert Personen an, um von dort aus in ihre Herkunftsländer zu fliegen. Viele wollen damit offenbar einem drohenden Einreiseverbot zuvorkommen. Soweit Ausländerbehörden beteiligt sind, werden meist die Reisedokumente bei der Bundespolizei zur Abholung hinterlegt und

den betreffenden Personen Grenzüberschreitungsbescheinigungen zum Nachweis ausgehändigt, dass sie Deutschland freiwillig verlassen. Die Betroffenen führen zum Frankfurter Flughafen, holten sich die Dokumente ab und reisten auf eigene Kosten aus, heißt es im hessischen Innenministerium. aul

Energie

Geld für die Heimbatterie

Das Bundeswirtschaftsministerium verlängert das Förderprogramm für Batterien, mit denen Hausbesitzer den Strom ihrer Fotovoltaikanlagen speichern und verbrauchen können, statt ihn ins Netz einzuspeisen. Das Programm soll auf drei Jahre befristet sein. Voraussetzung für die zinsverbilligten Darlehen

durch die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll sein, dass die Hersteller der Batterien eine Garantie auf mindestens zehn Jahre gewähren, damit nur hochwertige Speicher unterstützt werden. Zugleich müssen sich Hausbesitzer verpflichten, höchstens 50 Prozent des auf dem eigenen Dach produzierten Stroms in das Elektrizitätsnetz fließen zu lassen. Dadurch sollen die öffentlichen Netze entlastet

werden, die unter den Spannungsschwankungen der privaten Fotovoltaik-Anlagen leiden. Die Grünen begrüßten die Entscheidung von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD). Deren Energieexperte Oliver Krischer kritisiert jedoch, dass es bei der Fortsetzung des Programms Verzögerungen gegeben hat. „Diese Energiepolitik der Bundesregierung hinterlässt eine Bremsspur beim Erneuerbaren-Ausbau.“ gt

Erbstreit

Lichte Phase?

Im Kampf um das Erbe des Berliner Reinigungsunternehmers Peter Dussmann hat seine Witwe Catherine von Fürstenberg-Dussmann einen Dämpfer hinnehmen müssen. Das Landgericht Berlin will im Streit um den Millionenbesitz auch klären lassen, ob die Witwe zu Recht die Macht im Konzern mit seinen 65 000 Mitarbeitern übernommen hat. Dagegen wollten die Anwälte der Witwe diese

gesellschaftsrechtlichen Fragen abtrennen. Das Gericht sollte stattdessen nur entscheiden, ob Peter Dussmann nach einem Schlaganfall im Jahr 2008 geistig noch in der Lage war, eineinhalb Jahre später sein Testament zu ändern und damit der Witwe 75 Prozent seines Vermögens zu vermachen. Dussmanns einzige Tochter Angela, die dadurch 25 Prozent weniger erben sollte, bestreitet das. Sie fordert die Enterbung der Mutter und gleichzeitig den Rückzug der Witwe von der

Spitze des Stiftungsrats, der die Geschicke des Konzerns dominiert. Im selben Beschluss haben die Richter ein ärztliches Gutachten dazu angeordnet, ob Dussmann wirklich testierfähig war, wie die Witwe behauptet. Insbesondere soll der Gutachter klären, ob Dussmann nach seinem schweren Schlaganfall noch mal eine lichte Phase gehabt haben könnte, die es ihm erlaubt hätte, die Konsequenzen seiner Testamentsänderung zu übersehen. amp

Bundeswehr

Jugendliche Soldaten

Die Zahl der Bundeswehrsoldaten, die minderjährig ihren Dienst antreten, hat sich seit 2011 mehr als verdoppelt. Über 1500 der rund 21 000 Rekruten im vergangenen Jahr waren noch nicht volljährig, schreibt das Bundesverteidigungsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion. Ihre Ausbildung unterscheidet sich allerdings nicht von

der Volljähriger, das Jugendarbeitsschutzgesetz finde „auf minderjährige Soldatinnen und Soldaten keine Anwendung“, so das Ministerium Ursula von der Leyens



(CDU). Nur zu Auslandseinsätzen würden sie nicht geschickt. Der Anteil der Aussteiger ist allerdings sehr hoch, allein 2015 beendeten 484 der jungen Soldaten ihren Dienst während oder kurz nach der Probezeit. „Die Linke fordert den sofortigen Rekrutierungsstopp Minderjähriger inklusive der Einstellung sämtlicher an Jugendliche gerichteter Werbemaßnahmen“, sagt Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Partei. akm